

Zur Ausstellungseröffnung am 17.01.2016
„Hass vernichtet“

Rede zur Eröffnung
Sascha Schmidt, DGB-Gewerkschaftssekretär
Kreisverbandsvorsitzender Wiesbaden-Rheingau-Taunus

Sehr geehrte Damen und Herren,
Liebe Kolleginnen und Kollegen vom Aktiven Museum Spiegelgasse,
Sehr geehrte Frau Mensah-Schramm,

Wir haben auf unserer Facebook Seite für diese Ausstellung geworben.
Diese Werbung haben wir mit dem Hinweis verbunden, dass die rassistischen Parolen, die in der ersten Januarwoche in Kostheim zu lesen waren, die Aktualität dieser Ausstellung auch für Wiesbaden verdeutlichen. Richtigerweise hätten wir jedoch schreiben müssen, dass diese Ausstellung zu jeder Zeit notwendig ist.
Denn: Kostheim ist kein Einzelfall für Wiesbaden!

Ich bin erst seit 01.09..2015 im Wiesbadener DGB-Büro als Gewerkschaftssekretär ansässig. Ich musste jedoch seitdem bereits zahlreiche menschenverachtende Aufkleber beseitigen. Unter den dort zu findenden Aufklebern fand sich nahezu das gesamte rechte Spektrum wieder. Es fanden sich

- Aufkleber von antisemitischen Verschwörungstheoretikern
- solche von extrem rechten - selbsternannten – „Aufklärern“, die aktuell einen „Krieg von Asylsuchenden gegen das deutsche Volk“ herbei halluzinieren
- Aufkleber, die wir von Pegida-Demonstrationen kennen, die sich explizit gegen „Refugees“ wenden
- und solche von militanten Neonazigruppen in Hessen

Unweit der Nerotalbahn entdeckte ich – bei einem Ausflug - einen relativ großen Aufkleber mit einem SS-Totenkopf auf einem Auto mit Wiesbadener Kennzeichen.
In Nordenstadt ist bereits seit einem Jahr eine antimuslimische Parole an einer Hauswand zu lesen.

Diese Aufkleber und Sprühereien machen deutlich: auch in Wiesbaden stoßen Neonazigruppen – und Verschwörungstheorien- zumindest bei einzelnen- auf Zustimmung.

Herr Habs hatte die Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte bereits angesprochen.

Dennoch möchte ich das Ausmaß noch mal präzisieren:

- Bundesweit fanden 2015 über 800 Straftaten statt, die sich gezielt gegen Flüchtlingsunterkünfte richteten.
- Laut Pro Asyl brennt jeden dritten Tag in Deutschland eine Flüchtlingsunterkunft. Auch Sprengstoffanschläge müssen immer wieder registriert werden.
- Solche Aktivitäten müssen klipp und klar als alltäglichen Terror bezeichnet werden.

Demgegenüber sind die Zahlen von Festnahmen mutmaßlicher Täter erschreckend gering!

Wir müssen die Frage stellen: Warum?

Wir müssen auch die Frage stellen, wie es möglich ist, dass sich bundesweit 350 Neonazis der Strafverfolgung entziehen konnten.

Hier dürfen nicht die gleichen Fehler gemacht werden wie im NSU-Skandal.

Wie nahe uns solche Taten auch in Wiesbaden sind, verdeutlichen mittlerweile mehrere Anschläge. Darunter Schüsse mit Stahlkugeln auf eine Flüchtlingsunterkunft in Hofheim im Taunus. Oder aktuell der Mordversuch von Dreieich.

In Hessen hat sich die Zahl der Brandanschläge in 2015 gegenüber 2014 versechsfacht.

Die offene Hetze gegen Flüchtlinge und Asylsuchende geht jedoch nicht nur von militanten Gruppen aus.

Die Debatten in den Onlinemedien – die vielfach weniger mit Ängsten, als mit rassistischen Stereotypen zu tun haben – sind wohl allen bekannt.

Sie bringen – ebenso wie die PEGIDA-Aufmärsche oder die Radikalisierung, die in der AfD zu beobachten sind, ungeschminkt zum Ausdruck, was uns diverse „Mitte-Studien“ seit Jahren vermitteln.

Die Probleme heißen Rassismus, Nationalismus und Antisemitismus.

Und sie sind in weiten Teilen der Gesellschaft zu finden.

Ebenso wie Sexismus im Übrigen.

Diese Einstellungen kommen nun im Zuge der Debatte zu den nicht hinnehmbaren sexistischen Übergriffen in Köln beängstigend und schamlos zur Geltung.

Dass sich nun all jene zu Wort melden, die in einer offenen Gesellschaft – in deren Worten verächtlich „Multikulti“ genannt – ohnehin schon immer den „Untergang des Abendlandes“ sehen wollten, ist nicht überraschend.

Erschreckend ist jedoch, dass nun auch Stimmen von PolitikerInnen aus nahezu allen Parteien zu vernehmen sind, die sich durch das Einfordern nach einer härteren Gangart, die sich explizit gegen Flüchtlinge und MigrantInnen richtet – zu überbieten versuchen.

Nur wenige fordern, was schon längst überfällig wäre: Eine Verschärfung des Sexualstrafrechts.

All denjenigen, die stattdessen undifferenziert fordern, „kriminelle Asylbewerber“ abzuschieben, sei gesagt: Solche Parolen sind uns bestens von NPD, Republikanern und DVU bekannt. Und sie sind Wasser auf die Mühlen der HetzerInnen und RassistInnen.

Es liegt weiter an uns allen, diesem Trend entgegen zu treten und Vernunft walten zu lassen – gerade auch in den kommenden Wochen und Monaten bis zu den Kommunalwahlen.

Rassismus und Nationalismus dürfen unserer Debatten nicht bestimmen.

Rassismus und Nationalismus sind keine Alternative zu einer offenen und toleranten Gesellschaft!

Die Auseinandersetzung mit menschenverachtenden Ressentiments jeglicher Art darf aber nicht auf die Konfrontationen mit offen rassistisch auftretenden Gruppen reduziert werden.

Diese Auseinandersetzung muss alltäglich stattfinden: An den Stammtischen, in der Uni, in den Betrieben, den Verbänden und in den Schulen.

Dabei muss gerade die politische Bildungsarbeit im Kontext der Demokratievermittlung mit jungen – aber auch erwachsenen – Menschen gestärkt werden.

Dazu zählen: Erinnerungsarbeit, Präventionsarbeit gegen menschenverachtende Einstellungen, die Förderung interkultureller Kompetenzen.

Oder das Erlernen des Umgangs mit Informationen im Internet (Stichwort Medienkompetenz). All dies muss zum Regelfall werden.

In vielen dieser Bereiche ist das Aktive Museum Spiegelgasse und die Jugendinitiative seit Jahren aktiv.

Dafür möchte ich euch ganz herzlich danken – und wünsche euch weiterhin viel Erfolg!

Sascha Schmidt